

P r o t o k o l l  
über die öffentliche Sitzung  
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft  
der Stadt Georgsmarienhütte vom 15.08.2017  
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

**Anwesend:**

Vorsitzender

---

Selige, Dieter

Mitglieder

---

Averdiek, Andre

Dälken, Martin

Dierker, Heinz

Gröne, Christoph

ab TOP 3

Jantos, Annette

Müller, Arne

Schmechel, Peter

Springmeier, Wolfgang

Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

ab TOP 3

Verwaltung

---

Plogmann, Karl-Heinz

Stiegemeyer, Wolfgang

Zumbrock, Peter

Protokollführer/in

---

Baller, Jutta

Fehlende Mitglieder

---

Hebbelmann, Udo

Presse

---

Elbers, Wolfgang

**Beginn:** 18:00 Uhr

**Ende:** 19:45 Uhr

## Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr.2/2017 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.05.2017
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
3.2.	Angebot der Kommunalaufsicht
4.	Bericht über die finanzielle Lage der Stadt / Berichtswesen 31.07.2017 - mündlicher Bericht
5.	Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Georgsmarienhütte über die Prüfung der Jahresrechnung 2014 Vorlage: BV/124/2017
6.	Beantwortung von Anfragen
7.	Anfragen
7.1.	Entwicklung der Gewerbesteuer
7.2.	Steuermehrereinnahmen des Bundes
7.3.	Abbildung von Finanzierungsplänen für NLG-Verfahren im städtischen Haushalt
7.4.	Zuweisungen des Landkreises 2017
<b>1.</b>	<b>Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung</b>

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Selige eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Einwohnerinnen oder Einwohner sind nicht anwesend.

## **2. Genehmigung des Protokolls Nr.2/2017 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.05.2017**

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

### **Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:**

Das Protokoll Nr. 2/2017 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.05.2017 wird genehmigt.

## **3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung**

### **3.1. Zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

Wie bereits in der Ratssitzung am vergangenen Donnerstag berichtet, soll am 28. August eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft stattfinden. Punkte für diese Sitzung sind insbesondere die Beratung zu Maßnahmen der Priorität 2 und die NLG-Verfahrensstände zum 31.12.2016.

Die NLG Verfahrensblätter sind vom FB IV aufbereitet worden. Da alle Verfahren am 16.05.2017 bereits im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft dargestellt worden sind, wird vorgeschlagen jetzt eine verkürzte Version der Verfahrensblätter ohne Flächenübersichten und Beschlussdaten vorzulegen. Da diese Daten in 2016 unverändert geblieben sind, sei vorgesehen, lediglich die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 2016 mit der jeweiligen Auswirkung auf den Gesamtstand des Verfahrens darzustellen. Mit diesem Vorgehen erklären sich die Mitglieder des Ausschusses einverstanden.

### **3.2. Angebot der Kommunalaufsicht**

Erster Stadtrat Plogmann berichtet, der Landkreis habe in diesem Jahr eine Summe von 100.000 € in den Haushalt gestellt, um Kommunen bei Konsolidierungsprojekten zu unterstützen. Im Hinblick auf den gefassten Ratsbeschluss, für Georgsmarienhütte einen deutlichen Einsparungskurs zu fahren, sei beim Landkreis Interesse angemeldet worden.

Das Thema Konsolidierung wurde nach intensiver Diskussion mit den Fraktionsvorsitzenden, dem Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zunächst in den September verschoben. Dann solle nochmal über das weitere Vorgehen gesprochen werden.

Falls man sich entschließen sollte, das Thema aufzugreifen, wisse er darauf hin, dass nach telefonischer Auskunft der Kommunalaufsicht von dort eine Kostenbeteiligung für ein Projekt zur Konsolidierung mit externer Begleitung mit bis zu 50 %, max. 20.000 €, erfolgen könne.

Ratsmitglied Schmechel trägt vor, die finanzielle Lage der Stadt Georgsmarienhütte sei seines Erachtens relativ gut, so dass er vorschläge, dieses Angebot des Landkreises nicht in Anspruch zu nehmen.

## **4. Bericht über die finanzielle Lage der Stadt / Berichtswesen 31.07.2017**

### - mündlicher Bericht

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, da der Haushalt erst im Februar 2017 beschlossen worden sei, habe man sich in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft darauf verständigt, das Berichtswesen nicht zum Stichtag 31.05.2017 sondern erst zum 31.07.2017 zu erstellen. Die Daten wurden somit erst in der vergangenen Woche zusammengestellt, so dass keine schriftliche Vorabinformation mit der Sitzungseinladung erfolgt ist.

Nach derzeitiger Prognose werde der im **Ergebnishaushalt 2017** ausgewiesene Fehlbedarf in Höhe von rd. 2 Mio. € um rd. 1,4 Mio. € niedriger ausfallen und damit noch rd. 640 T€ betragen. Zu berücksichtigen sei zudem, dass vom Landkreis Osnabrück Zuweisungen für die Bereiche Schulen und Kindertagesstätten angekündigt worden seien. Da zur Höhe der zu erwartenden Zahlungen jedoch noch keine Informationen vorliegen, sei diese Position in der o.g. Prognose nicht enthalten.

Mit rd. 1,3 Mio. € resultiere der Großteil der prognostizierten Ergebnisverbesserung aus den Allgemeinen Finanzierungsmitteln, insbesondere aus Gewerbesteuer, Einkommensteuer und Finanzausgleich.

Der Saldo aus **Investitionstätigkeit** werde sich nach derzeitigem Stand um rd. 1,1 Mio. € verbessern. Diese Entwicklung ergebe sich insbesondere aus den nicht erforderlichen bzw. aufgrund der Auslastung des ZGM nicht umsetzbaren Maßnahmen der Priorität 2.

Da die Verbesserungen im Ergebnishaushalt und die geringeren Auszahlungen im Investitionsbereich zu einer verbesserten Liquidität führen, sei die mit 8,5 Mio. € für 2017 eingeplante **Kreditaufnahme** in dieser Höhe nicht erforderlich. Aus heutiger Sicht werde die erforderliche Kreditaufnahme rd. 2,5 Mio. € weniger und damit 6 Mio. € betragen.

Die Höhe der in 2017 tatsächlich kassenwirksam werdenden investiven Auszahlungen sei derzeit noch nicht absehbar; es sei davon auszugehen, dass die Bildung von Haushaltsresten bzw. die Neuveranschlagung von Maßnahmen für 2018 erforderlich werden. Dementsprechend sei auch eine Kreditaufnahme erst Ende des Jahres erforderlich, gegebenenfalls werde auch ein Einnahmerest für Kredite in das Folgejahr übertragen.

Eine Beratung über die Freigabe und Umsetzung der mit 1,24 Mio. € in 2017 eingeplanten Maßnahmen der Priorität 2 sei für die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 28.08.2017 vorgesehen.

Ratsmitglied Jantos trägt vor, es sei unbefriedigend, dass die Umsetzung gewünschter Maßnahmen an der Auslastung des ZGM scheitere. Es müsse daher nach Möglichkeiten gesucht werden, Maßnahmen wie die Kellersanierung der Alten Wanne oder die Errichtung eines Blockhauses als Jugendtreff in Holzhausen zu realisieren, z.B. durch externe Vergaben.

Sie halte es auch für wichtig, in Zusammenarbeit mit der Caritas den für die Jugend geplanten Dirtpark umzusetzen. Für diese Maßnahme sei auch noch die Zuständigkeit der Fachbereiche zu klären.

Ratsmitglied Dälken erklärt, für die Kellersanierung der Alten Wanne bestehe kein Zeitdruck, zumal hier noch kein Nutzungskonzept vorliege. Außerdem sei zu bedenken, dass auch externe Vergaben vom ZGM begleitet werden müssen. Die Politik trage gegenüber dem Personal eine Verantwortung, daher sei die zu Beginn des Jahres bei Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms 2017 dargestellte Auslastung zu akzeptieren. Er schlage vor, die Fachbereichsleiter und das ZGM zur nächsten Sitzung einzuladen, um hierzu nochmals Stellung zu nehmen.

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass in der Vergangenheit bereits verschiedene Dinge im Pauschalauftrag extern vergeben worden seien. Hierbei seien aber, wie am Beispiel Feuerwehrhaus Oesede zu sehen, keine guten Erfahrungen gemacht worden.

Der Bericht zum 31.07.2017 ist als Anlage des Protokoll beigefügt bzw. als Dokument zu TOP 4 eingestellt.

**5. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Georgsmarienhütte über die Prüfung der Jahresrechnung 2014  
Vorlage: BV/124/2017**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage sowie den allen Ratsmitgliedern vorliegenden Prüfbericht des RPA wird verwiesen.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Selige begrüßt den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Herrn Stiegemeyer, sowie den Mitarbeiter Herrn Zumbrock.

Herr Zumbrock stellt anhand einer Präsentation das Ergebnis des Jahresabschlusses sowie den Prüfbericht 2014 vor. Der Ergebnishaushalt 2014 schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 2,95 Mio. € ab. In der Finanzrechnung 2014 entsteht aus Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit, Finanzierungstätigkeit und haushaltsunwirksamen Vorgängen ein negativer Saldo von rd. 9,3 Mio. €. Der Bestand an liquiden Mitteln ist somit von 11,9 Mio. € zu Beginn des Jahres 2014 auf rd. 2,6 Mio. € zum Ende des Jahres gesunken. Hierzu ist anzumerken, dass in 2014 ein Betrag in Höhe von 5,7 Mio. € im Rahmen des Liquiditätsmanagements an die NLG ausgezahlt wurde. Kreditaufnahmen waren in 2014 nicht erforderlich. Stattdessen erfolgte eine Entschuldung in Höhe der Tilgung (rd. 720 T€).

Nachfolgend werden die im Prüfbericht enthaltenen Prüfungsbemerkungen erläutert.

Auf Anfrage aus dem Ausschuss bezüglich des vom RPA geforderten Aufbaus eines Vertragsregisters erläutert Erster Stadtrat Plogmann, dass ein Vertragsregister im Rahmen der Einführung des Dokumentenmanagementsystems eingerichtet werden soll. Hierbei handele es sich um ein mehrjähriges Projekt, in dem die Verwaltung nach und nach mit der erforderlichen Hard- und Software ausgestattet werde und das voraussichtlich in ca. 2 Jahren abgeschlossen sein werde.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt weiter, das Thema Straßenreinigungsgebühren werde derzeit im Fachbereich IV aufgearbeitet und demnächst im Ausschuss vorgestellt. Neben der Ermittlung der Flächen, für die eine Straßenreinigungsgebühr zu erheben wäre, seien hier auch die zu erzielenden Erlöse dem der Verwaltung entstehenden Aufwand gegenüberzustellen.

Zu dem im Jahresabschluss gebuchten außerordentlichen Aufwand wird vom RPA ausgeführt, dass im Rahmen des Treuhandverfahrens „Klöcknerflächen“ mit den Abrechnungen der Jahre 2013 und 2014 von der NordFM nachträgliche Aufwandsberechnungen für zurückliegende Jahre in einem Umfang von insgesamt rd. 1,5 Mio. € vorgenommen wurden. Da hierzu bislang noch keine Nachweise vorgelegt wurden, könne nicht geprüft werden, ob diese Berechnungen richtig seien.

Erster Stadtrat Plogmann ergänzt, der sich aus der in 2015 erfolgten vorläufigen Endabrechnung des Treuhandverfahrens ergebende positive Saldo von rd. 217 T€ sei seinerzeit an die Stadt Georgsmarienhütte ausgezahlt worden. Die von der NordFM in 2013 und 2014 vorgenommenen Korrekturbuchungen seien auch in die entsprechenden Jahresergebnisse der Stadt eingebucht und das Risiko somit im Jahresabschluss dargestellt worden. Obwohl die Verwaltung eine zügige Aufklärung gefordert habe, seien bislang noch keine begründenden Unterlagen vorgelegt worden; stattdessen werde von der NordFM auf eine in 2018 erfolgende Betriebsprüfung verwiesen. Sollte sich herausstellen, dass die vorgenommenen Korrekturen richtig seien, könne das Verfahren endgültig abgeschlossen werden; sollten die geltend gemachten Aufwendungen keinen Bestand haben, entstehe zukünftig außerordentlicher Ertrag und ein entsprechender Geldzufluss.

Aus dem Ausschuss wird die Verwaltung aufgefordert, weiterhin auf eine zügige Aufklärung hinzuwirken, notfalls auch mit juristischen Mitteln. Die Politik soll laufend über die Angelegenheit informiert werden.

Aus dem Ausschuss wird angefragt, wie die Formulierung auf Seite 32 des Prüfberichtes: „Die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt ist noch als gegeben anzusehen“ zu verstehen sei. Herr Stiegemeyer erwidert hierzu, dass mit dem in 2014 entstandenen Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung in Höhe von rd. 2,9 Mio. € die bestehende Überschussrücklage von 18 Mio. € auf rd. 15. Mio. € gesunken sei. Sollten zukünftig weitere Jahresabschlüsse mit negativen Ergebnissen folgen, würde dies zu einer weiteren Verringerung der Rücklage und schließlich zu einer Gefährdung der dauernden Leistungsfähigkeit führen.

#### **Folgender Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:**

- a) Der Jahresabschluss 2014 wird beschlossen.
- b) Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2014 die Entlastung erteilt.

### **6. Beantwortung von Anfragen**

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor.

### **7. Anfragen**

#### **7.1. Entwicklung der Gewerbesteuer**

Ratsmitglied Springmeier fragt an, ob durch die vom Stahlwerk angekündigten hohen Investitionen Auswirkungen auf die Gewerbesteuer zu erwarten seien.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, dass Investitionen mit dem Gewinn verrechnet werden können. Die konkreten Auswirkungen auf die Gewerbesteuer seien hier jedoch insgesamt nicht absehbar, auf jeden Fall sei aber zukünftig nicht mit Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zu rechnen.

#### **7.2. Steuermehreinnahmen des Bundes**

Ratsmitglied Springmeier fragt an, ob aufgrund der Steuermehreinnahmen des Bundes Zuweisungen des Bundes an die Kommunen zu erwarten seien.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, dass die Kommunen über die Beteiligung an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer an den Mehreinnahmen des Bundes profitieren.

#### **7.3. Abbildung von Finanzierungsplänen für NLG-Verfahren im städtischen Haushalt**

Ratsmitglied Jantos weist darauf hin, dass der Haushaltsplan nach wie vor keine Finanzierungspläne zu den NLG-Verfahren enthalte.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, dass die Entwicklungen in den Treuhandverfahren in den jeweiligen städtischen Jahresrechnungen enthalten seien. Planungen werden bislang für die Treuhandverfahren nicht dargestellt. In Zusammenarbeit mit der NLG werde eine Darstellung zukünftiger Finanzplanungen in den NLG-Verfahren erarbeitet.

#### **7.4. Zuweisungen des Landkreises 2017**

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer erkundigt sich nach der Höhe der vom Landkreis Osnabrück in diesem Jahr zu erwartenden Zuweisungen.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, dass derzeit Verhandlungen zwischen den Bürgermeistern der kreisangehörigen Kommunen und dem Landkreis laufen, eine Einigung über die Höhe der Zuweisungen jedoch noch nicht erzielt werden konnte.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Selige  
Vorsitz

Plogmann  
Erster Stadtrat

Baller  
Protokollführung